

FREIE SICHT



Reiner Eichenberger

Professor für Finanz- und
Wirtschaftspolitik, Universität Freiburg

Schweiz–EU: Raus aus dem Rahmen

Wir müssen im Jahr 2022 unsere Beziehungen zur EU entwickeln. Dabei wissen wir nach dem Jahr 2021 einiges besser als zuvor:

1. Das wahre Problem ist das schnelle Bevölkerungswachstum als Folge der Personenfreizügigkeit. Es verknappt und verteuert Land, Infrastruktur, Umweltgüter und Selbstversorgungsziele. Beispiel Stromknappheit: Sie droht nicht ohne Rahmenabkommen, sondern vor allem, weil die Bevölkerung schneller wächst als die Stromproduktion.
2. Autonomie bringt Lebensqualität. Die Schweiz kam besser als fast alle EU-Länder durch die Pandemie: kleinere Schäden an Gesundheit und Wirtschaft dank sanfteren Massnahmen. Zwar verfolgten auch einzelne EU-Länder eine kluge Politik. Aber weder die EU noch die EU-Nähe spielten eine positive Rolle.
3. Die Bilateralen I sind weniger wichtig, als viele glaubten. Sie bringen nur wenig mehr als normaler Freihandel. Die angeordnete Krise nach dem Rückzug beim Rahmenabkommen blieb aus. Die Angst vor neuen Handelshemmnissen, etwa in

«Wir kamen besser durch die Pandemie als fast alle EU-Länder.»

der Medtech-Branche, erwies sich als vorsätzlich übertrieben. Für die meisten Bereiche gibt es gute Pläne B. Das wird sich auch im Dossier Forschung zeigen. 4. Die Globalisierung geht weiter. 2021 gingen erstmals mehr Schweizer Exporte in die USA als nach Deutschland. Die globalen Lieferketten werden nicht zurückgebaut, sondern diversifiziert. Mit Homeoffice wird mehr Arbeit international verlagert. Damit nehmen die Dynamik und der Anpassungsdruck in der Wirtschaft zu.

Aus alledem folgt noch verstärkt: Für die Erhaltung unserer Lebensqualität brauchen wir höchste Standortattraktivität und dafür gute liberale Politik und flexible Arbeits- und Wohnraummärkte. Das kann unser politisches System aber nur liefern, wenn auch die bisherigen Einwohner von der hohen Standortqualität profitieren.

Die Personenfreizügigkeit verhindert dies, indem sie Zuwanderung gratis macht. Mit ihr bringt hohe Standortattraktivität so lange hohe Zuwanderung, bis die Lebensqualität auf das Niveau der Herkunftsländer gesunken ist. Für die Schweiz gibt es deshalb nur eine gute Lösung: Die bisherige Bevölkerung muss wieder vermehrt an den Früchten guter Politik beteiligt werden. Die Zuwanderung soll möglichst frei von bürokratischen Hürden sein, aber die Neuzuwanderer – beziehungsweise ihre Arbeitgeber – sollen eine Abgabe entrichten, die einen Teil der grossen Wanderungsgewinne zugunsten der bisherigen Einwohner abschöpft, die verursachten Füllungskosten deckt und die Zuwanderung klug lenkt.

In dieser Kolumne schreiben Isabel Martínez, Ökonomin an der Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH Zürich, Reiner Eichenberger, Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg, Peter Grünenfelder, Direktor Avenir Suisse, sowie «Handelszeitung»-Chefökonom Ralph Pöhner.